

WIE STEHT ES NACH EINSCHÄTZUNG DER INTERNATIONALEN GEMEINSCHAFT UM DIE MENSCHENRECHTSKRISE IN VENEZUELA?

DIENSTAG, 16. JANUAR 2024
PLATÓN, SEBASTIÁN

Im Jahr 2022 beantragte die Anklagebehörde des IStGH unter der Leitung von Karim Khan die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Ermittlungen in Venezuela, die zuvor auf Antrag des Staates ausgesetzt worden waren. Eine historische Zahl von Opfern, Angehörigen und Organisationen wandte sich an den Gerichtshof, um ihm ihren Wunsch nach einer Fortsetzung der Ermittlungen mitzuteilen.

Im Jahr 2023 sprach die internationale Gemeinschaft weiterhin über die Menschenrechtskrise in Venezuela.

Trotz der Bemühungen der venezolanischen Regierung, der internationalen Gemeinschaft ein Bild der Normalisierung und Stabilität zu vermitteln, prangert die Welt weiterhin an, was in Venezuela geschieht. Die Organisationen der Zivilgesellschaft haben sich bemüht, die Menschenrechtskrise, die das Land nach wie vor erlebt, zu dokumentieren, Forderungen zu stellen und vor verschiedenen Gremien und Mechanismen zu vertreten.

Das Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof

Im Jahr 2022 beantragte die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) unter der Leitung von Karim Khan die Genehmigung zur Wiederaufnahme der Ermittlungen in Venezuela, die zuvor auf Ersuchen des Staates ausgesetzt worden waren. Eine historische Zahl von Opfern, Angehörigen und Organisationen wandte sich an den Gerichtshof, um ihm ihren Wunsch nach einer Fortsetzung der Ermittlungen mitzuteilen. Trotz des Widerstands der Regierung gab die Vorverfahrenskammer dem Antrag statt und wies auf den Mangel an echten und transparenten Ermittlungen auf nationaler Ebene hin. Der Staat versuchte erneut, die Ermittlungen durch eine Berufung zu blockieren; die historische Anhörung vor der Berufungskammer brachte die Stimmen der Opfer und den Mangel an wirksamen Maßnahmen im venezolanischen Justizsystem zu Gehör. Wir sehen ihrer Entscheidung mit Hoffnung entgegen.

Ankläger Khan hat dem Land bisher drei offizielle Besuche abgestattet, und während der Versammlung der Vertragsstaaten bestätigte er die Einrichtung eines Büros für technische Unterstützung in Caracas für Anfang 2024.

Evaluierungen vor den Vertragsausschüssen

Venezuela wurde 2023 von zwei UN-Vertragsausschüssen überprüft: dem Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) und dem Menschenrechtsausschuss. Der CEDAW-Ausschuss wies auf unterschiedliche Hindernisse für venezolanische Frauen beim Zugang zur Justiz, auf Geschlechterstereotypen, auf ein hohes Maß an Gewalt ohne Schutzmaßnahmen und auf eine politische Unterrepräsentation hin. Der Ausschuss nannte drei vorrangige Aktionsbereiche, in denen der Staat in den nächsten zwei Jahren über Fortschritte berichten sollte: geschlechtsspezifische Gewalt, Frauen- und Mädchenhandel und -schmuggel sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit.

Der Menschenrechtsausschuss bewertete Verstöße gegen bürgerliche und politische Rechte und prangerte dabei alles von Zensur bis hin zu Todesfällen in Haft an. Der konstruktive Dialog mit dem Staat fand in einer Atmosphäre der Feindseligkeit seitens der Regierungsvertreter gegenüber den Experten des Ausschusses statt, die den Staat dennoch unter anderem zu seinen repressiven Praktiken, der Situation von Personen, denen die Freiheit entzogen wurde, und zu politischen Disqualifikationen befragten. Als vorrangige Aktionsbereiche legten sie unter anderem Maßnahme zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Justiz, zur Gewährleistung der Meinungsfreiheit und zur Sicherstellung der politischen Partizipation ohne unzulässige Einschränkungen fest.

Verteidigung der Zivilgesellschaft

Im Dezember 2023 stufte die internationale Überwachungsorganisation CIVICUS den zivilgesellschaftlichen Raum Venezuelas auf die niedrigste Kategorie herab: **geschlossener zivilgesellschaftlicher Status**. Im Laufe des Jahres wurden Hunderte von Angriffen auf Menschenrechtsverteidiger*innen dokumentiert. Zu dem bereits restriktiven Rechtsrahmen wurden neue Gesetzesentwürfe hinzugefügt, die das Vereinigungsrecht einschränken würden. Willkürliche Verhaftungen, Einschüchterung, Zensur, Verweigerung der Registrierung, politisch motivierte Verfolgung usw. wurden dokumentiert.

Hunderte von Zeitungen und Radiosendern mussten schließen, andere haben sich selbst zensiert oder sind ins Ausland abgewandert, und diejenigen, die geblieben sind, sehen sich noch größeren Einschüchterungen ausgesetzt. "Dieser Bewertungswechsel ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Angriffs auf die Zivilgesellschaft", sagte Rafael Uzcátegui, Koordinator von @PROVEA. "Die Situation ist düster, denn die venezolanischen Behörden haben den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft komplett geschlossen."

Büro des Hochkommissars für Menschenrechte und Untersuchungskommission

Im Jahr 2023 besuchte der Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Turk, Venezuela. Anlässlich seines Besuchs forderten zivilgesellschaftliche Organisationen in einem Schreiben die Erfüllung des Mandats seines Amtes vor Ort, den Empfehlungen nachzukommen, was bis heute nicht geschehen ist. In dem Schreiben wurde auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Schutzmandat zu erfüllen und der Verteidigung von Menschenrechtsverteidiger*innen die gleiche Bedeutung beizumessen wie der technischen Unterstützung der Behörden. Zum Abschluss seines Besuchs forderte der Kommissar die Freilassung willkürlich Inhaftierter, die Beendigung der Folter und die Verbesserung der Haftbedingungen.

Die Untersuchungskommission zu Venezuela veröffentlichte im September 2023 ihren vierten Bericht, der sich auf den zivilen Raum und die Verfolgung der Zivilgesellschaft konzentriert. Die Mission stellte fest, dass der Repressionsapparat in Venezuela nach wie vor intakt ist und dass sich die Repressionstechniken in den letzten Jahren verfeinert haben. "Die Mechanismen der Unterdrückung bestehen weiterhin, was die internationale Überwachung der Menschenrechte in Venezuela wichtiger denn je macht", so Marta Valiñas, Vorsitzende der Mission.

In diesem 4. Bericht wurden 43 neue Fälle untersucht, von denen 72 direkte Opfer betroffen waren. Die Mission untersuchte auch 9 Todesfälle, die in das Muster der Repression gegen tatsächliche oder vermeintliche Oppositionelle fallen könnten. Nach Ansicht des Ständigen Ausschusses hat es das Büro des Bürgerbeauftragten systematisch und bewusst versäumt, wirksam auf Anschuldigungen über schwere Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Die Mission bedauerte die mangelnde Kooperation der venezolanischen Regierung.

Die Wahrnehmung der Lage in Venezuela durch die internationale Gemeinschaft zeigt, dass das Bewusstsein für die Menschenrechtskrise vorhanden ist. Trotz der Diplomatie der Regierung, die versucht, ein Narrativ der Normalisierung zu schaffen, geben die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft weiterhin Erklärungen zur Lage im Land ab, in dem Bewusstsein, dass #VenezuelaNoSeArregló = es hat sich noch nichts geändert.

Die internationale Justiz kommt voran, und die historischen Zahlen der Beteiligung der Opfer an den Prozessen vor dem Internationalen Strafgerichtshof zeigen, dass die Venezolaner*innen weiterhin nach Gerechtigkeit streben. Die Sonne kann nicht mit einem Finger verdeckt werden, und die internationale Gemeinschaft erkennt diese Realität an. Die Verteidiger arbeiten weiterhin unermüdlich daran, die Krise sichtbar zu machen und ihre Rechte einzufordern. Trotz der Herausforderungen spiegeln die Entschlossenheit der Zivilgesellschaft und die weltweite Aufmerksamkeit die dringende Notwendigkeit wider, die Menschenrechtsverletzungen in Venezuela anzugehen.

Quelle: Justicia y Verdad

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:
<https://www.amnistia.org/ve/blog/2024/01/25631/que-esta-pasando-con-la-crisis-de-derechos-humanos-en-venezuela>